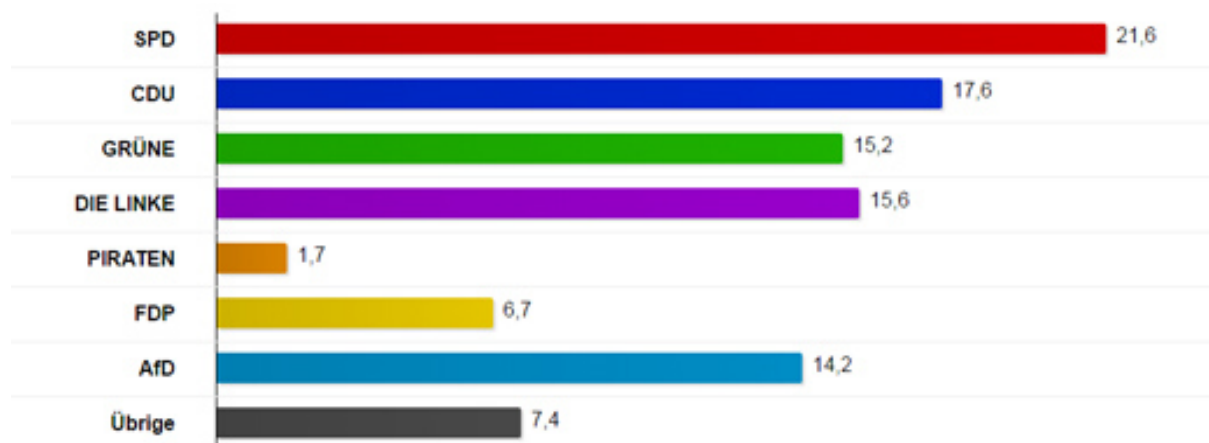


Rot-Rot-Grün oder was?

Meine persönliche Meinung zum Berliner Wahlergebnis vom 18.09.2016



Meine Frau und ich haben aus innerer Überzeugung für diese Konstellation gestimmt, fünf Kreuze für die SPD und ein Kreuz für die Linke. Es hätten auch zwei sein können, es gab da ein kleines Schwanken, aber kein Grund für Traurigkeit. Mehr Freude eher darüber, dass solche Leute wie Frank Henkel und Mario Czaja in der Berliner Politik künftig um Aufmerksamkeit ringen müssen und nichts mehr zu bestimmen haben. Auf die peinlichen selbstüberheblichen Warnungen der CDU vor Rot-Rot-Grün wollte offensichtlich auch niemand mehr hören. Das Geld für die Plakate und die unverschämte Anzeige in der Berliner Woche hätte die christliche Partei lieber UNICEF spenden sollen. Genugtuung auch darüber, dass es der NPD nichts genützt hat, das Allende-Viertel mit faschistoiden Plakaten zuzudecken. Dass Deutschland nur den Deutschen gehören solle, das war dann einigen Wählern wohl doch zu nahe bei Adolf: 0,6 Prozent und raus aus der BVV. Gut so! Das gerichtliche Verbot kann man sich wohl sparen.

Dass die AfD über 14 Prozent erhielt war ja wohl zu erwarten. Sie sammelt eben den ganzen verbreiteten kleinbürgerlichen Frust gegenüber allem und jedem, gegen die aktuelle Regierung und deren Flüchtlingsentscheidungen, gegen die Medien und anderen Parteien. Sie vertritt wohl jenen Teil des Volkes, der zu faul zum Denken oder gar Nachdenken ist, der auch keinen Finger für das Gemeinwesen krumm machen will. Denn niemand fragte leider, was diese selbsternannten Volksvertreter denn künftig aus ihrem Programm-Sammelsurium selbst wirklich realisieren wollen. Diese nun gewählten Volksvertreter kennt auch eigentlich keiner, kaum einer hat sich bisher für das Gemeinwohl engagiert. Entsetzt bin ich besonders über die im Wahlergebnis sich ausdrückende Stimmung in den östlichen Bezirken und im Allende-Viertel. In meinem Wahllokal haben 33,3 % AfD gewählt. Meine Nachbarn, alles Rechte, alles kleine Nazis, für die Toleranz ein Fremdwort ist? Ich glaube nicht, wenn es auch viel mit dem Bau des Containerdorfes hier und den 700 Flüchtlingen im Kiez zu tun hat. Aber was haben die angestammten Leute hier wirklich zu leiden? Stört sie schon der

Schleier, die andere Hautfarbe, fühlen sie sich in ihrer kleinbürgerlichen Idylle nur bedrängt? Es sind doch auch viele dabei, die seit Anfang der 1980er Jahre hier wohnen, in sanierten und preiswerten Wohnungen, in einer idyllischen Umgebung. Was erklärt diesen Frust auf die politischen Parteien, auf das demokratische System? Welches ist der soziale Hintergrund, der ihr Denken und Verhalten bestimmt, was muss sich ändern, damit auch dieser Teil der Bevölkerung sich für die Gesellschaft einsetzt? Arbeiter und Angestellte, Arbeitslose, ehemalige Wähler der CDU, der SPD und der Linken sind da ebenso dabei wie langjährige Nichtwähler. Viele haben nach der Wende hier in Köpenick ihre Arbeit verloren, ihr vorheriges Leben galt plötzlich nichts mehr, sie haben bescheidene Renten. Da gibt es zweifellos ernsthafte Sorgen, aber eben auch eingebilddete. Viel Frust und Unverständnis über das demokratische System. Manche brauchen auch Führer und können mit der Freiheit, die Wahrnehmung von Verantwortung einschließt, nichts anfangen. Es ist letztlich eine explosive Mischung von Zündstoff, der nur durch ernsthafte Politik an Sprengkraft verlieren kann, eine Politik, die sich um die realen Sorgen der Menschen kümmert und diese glaubhaft ernst nimmt. Nur auf die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu verweisen, scheint da wohl etwas zu kurz gegriffen. Das war ja wohl auch nicht die Meinung der Mehrheit der Berliner Wähler. Selbst aus unserer Kiez-Sicht schälen sich da doch praktisch zu lösende Fragen heraus. Ich denke da an den Bau weiterer Wohnungen in Köpenick und die damit verbundenen Probleme der Infra-Struktur. Ich denke an die Staufallen auf der Schneller-Straße, der Mahlsdorfer Straße am Bahnhof Köpenick, der A 113 (was soll da werden, wenn der Flughafen in Betrieb ist?). Ich denke an den teilweise erbärmlichen Zustand des Antlitzes unserer Altstadt und der Bahnhofstraße, den Wunsch nach einem neuen Köpenicker S-Bahnhof, einem modernen Bahnhof in Schöneweide, dem raschen verzögerungsfreien Neubau der Allende-Brücke. Was könnte man tun, um das Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wieder attraktiver zu machen? Sollten da doch nicht noch mal die Preise auf den Prüfstand? Und wann hört das Umsteigen am Ostkreuz auf, wenn man in das Zentrum will. Durch welche Preisgestaltung kann die wunderschöne Volksschwimmhalle im Wohngebiet wieder viel mehr Menschen zur Stabilisierung ihrer Gesundheit dienen? Wann ist Schluss, dass im Wohngebiet monatelang nicht bearbeitete Baustellen bestehen, ohne dass die Bauarbeiten vollendet werden? Wann wird endlich der Müggelturm wieder ein attraktives Ausflugsziel? Wann wird die leer stehende Müggelschloßchen-Schule rekonstruiert? Wann werden die Ruinen des Kabelwerks wieder einer Nutzung zugeführt? Was kann gegen den Vandalismus und die Schmierereien in Köpenick getan werden? Wann bekommt man wieder ganz normal Termine im Bürgeramt?

Auch sollte sich niemand scheuen, auch mal Erreichtes noch besser publik zu machen. Als Stichworte seien genannt: Die tolle Arbeit in den hiesigen Schulen (die auch nicht marode sind), die wunderbaren Aktivitäten der degewo und der Amtsfeldwohnungsbaugenossenschaft, das Wirken der Bude, die Beliebtheit der Arche oder des Krokodils, der Bau des Strandbades Rahnsdorf, die Generalrenovierung des Volksparks Köpenick, die neuen Wohnanlagen in Köpenick, die Verbesserungen im Haltestellenbereich bei Union, Neues im FEZ, die Entwicklung in Schöneweide, mehr Sauberkeit in Grünanlagen und im Köpenicker Forst durch die BSR, das Nachbarschaftsprojekt im Allende-Viertel, die Erinnerungstafeln in der Altstadt an historische Orte durch den Heimatverein, der unaufgeregte Umgang und die Solidarität eines Teils der Bürger mit den Flüchtlingen in beiden Flüchtlingsheimen. Letzteres muss schon deshalb geschehen, damit die dumpfen Hetzparolen der

AfD gegen die Flüchtlinge weniger Wirkung haben. Das Genannte sollen nur Beispiele sein. Gibt es eigentlich auch mal eine publizierbare Kriminalitätsstatistik für unser Allende-Viertel?

Für uns engagierte Wähler war diese Wahl auch mehr denn je eine Personenwahl. Viele Kandidaten auf den Parteienlisten – mit Ausnahme der AfD – waren uns aus dem Alltag bekannt. **Tom Schreiber**, Direktkandidat der SPD in unserem Kiez, war in den vergangenen Jahren immer an unserer Seite, hat unsere Bürgerinitiative unterstützt, sich mit uns beraten, gemeinsam Veranstaltungen organisiert, unsere Anliegen im Abgeordnetenhaus vorgetragen. **Stefanie Fuchs**, Direktkandidatin der Linken in unserem Kiez, hat als es schien, dass Allende II fremdenfeindlich werden könnte, zusammen mit Freunden Allende II hilft e.V. gegründet und seither wesentlich zur Beruhigung und Versachlichung der Stimmung im Wohngebiet beigetragen. **Stefan Förster**, Kandidat der FDP in Köpenick, ist der Vorsitzende des Heimatvereins in Köpenick und Vorsitzender des Denkmalrates. Mit ihm gemeinsam realisieren wir im Kiez Projekte zur Verschönerung und ideellen Aufwertung des Volksparks Köpenick. **Ana-Maria Trasnea** (Kandidatin der SPD für die BVV) leistete eine engagierte Arbeit in unserer Bürgerinitiative, hat Kinderfeste im Allende-Haus mit gestaltet und ist dafür allseits beliebt. Diesen Freunden gilt stellvertretend für alle, die sich als Abgeordnete engagieren, zu ihrer Wahl unser ehrlicher Glückwunsch. Sie können auch auf unsere Mitarbeit im demokratischen Prozess bauen.

Ob es allerdings sehr erfolgversprechend ist, wenn die anderen Parteien die AfD nur als Schmutzkinder behandeln und nicht mal miteinander reden wollen, ist eher zweifelhaft. Es gibt doch nur folgende Perspektive: Entweder die Wähler wenden sich wieder aus Enttäuschung von der AfD ab oder die AfD wandelt sich zu einer demokratischen konservativen Partei mit wirklichen Gestaltungswillen. Wählerbeschimpfung ist in dieser Hinsicht keine Lösung. Auch neue Toleranzgrenzen zwischen Ost und West zu beklagen, hilft nicht, wenn man sich nicht mit den Ursachen beschäftigt. Es wird auch einige Stadträte in den Bezirken geben, egal ob sie von den anderen Parteien gewählt werden. Die können ja mal zeigen, was sie wirklich oder gar besser können. Ohne demokratische Kontrolle durch die BVV und ohne Grenzen der Verwaltung werden sie ja wohl nicht agieren dürfen.

Es wird jetzt viel darüber geredet, was diese neuen Parteienkonstellation bedeutet: Alle Parteien weisen keinen allzu großen Unterschied bei der Anzahl ihrer Wähler auf. Angeblich hätten die großen Volksparteien so viel verloren, hört man klagend. Ich glaube, das ist eine große Chance für alle in einer Regierungskoalition. Keiner dominiert den anderen, pragmatische Politik, das Ansehen in der Bevölkerung für eine handlungsfähige Regierung gerät mehr in den Focus. Das kann nur gut sein! Michael Müller schien am Wahlabend darüber etwas genervt. Ihm ist es aber zuzutrauen, genau diese Handlungsfähigkeit einer Mehrparteien-Regierung hinzubekommen. Schon die Koalitionsverhandlungen werden ihn dazu zwingen, denn es gibt eigentlich keine realistische Alternative. Und was würde es schaden, wenn die SPD wieder etwas linker würde und sich um den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung wieder mehr kümmert? Und würde es den Grünen sehr wehtun, wenn doch die eine oder andere Straße gebaut würde und ein Fahrradweg weniger? Sie könnten ja vielleicht wieder die alte „Grüne Welle“ aktivieren, die umweltfreundlich ist. Und mit einer nachhaltigen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs könnten sie sich ewige Verdienste erwerben. Und die Linken sollten den Wirtschafts- und den Arbeitssenator stellen, um eine sozialere Arbeitsmarktpolitik und etwas für die prekär Beschäftigten zu erreichen. Wohnungen wird wohl die

SPD bauen wollen und nach der CDU will sicher die SPD auch wieder zeigen, dass sie besser für die innere Sicherheit sorgt. Da sollten sich doch alle drei einig werden. Sie können ja auch mal bei den Kollegen in Erfurt vorbeischaun, wo dies wohl unaufgeregt gelingt. Und im Bundesrat könnten sie je gar gemeinsam was erreichen.

Spannend aber ist, welche Auswirkungen diese Berliner Wahl auf die Bundesrepublik insgesamt hat. Ist das der Beginn einer Linkswende – oder doch einer Rechtswende? Dieses Land steht wohl vor einer Richtungsentscheidung, die nicht allein vom Wähler abhängt. Die Kanzlerin steht mit ihrer CDU (und CSU) dabei mehr denn je im Focus. Ihre internationalen Verpflichtungen sind immens: USA-Politik im Weltmaßstab, Konflikt mit Russland, EU und Flüchtlingsdeal mit der Türkei, der Euro und die deutsche Macht in Europa, die globale Weltwirtschaft (China!). Welche Rolle können da überhaupt die inneren deutschen Probleme spielen? Wenn die Berliner Parteienkonstellation im nächsten Jahr auf den Bund durchschlüge, welche weltpolitischen Auswirkungen hätte das? Die Gefahr besteht daher, dass Merkel und ihre CDU ihre Macht nicht verlieren wollen und weiter auf die AfD zugehen. Die Frage wird sein, ob sich das machtpolitisch lohnen wird. Bis nächstes Jahr bleibt die AfD eine nicht zu unterschätzende Kraft, eine Sammelbewegung aller Unzufriedenen. So wie in anderen Ländern auch. Aus heutiger Sicht ist ja nicht einmal sicher, ob 2017 eine Dreier-Koalition möglich sein wird. Es wird von der Stärke der Grünen und der FDP abhängen.

Und was passiert, wenn demnächst Merkel hinschmeißt oder sich nicht zur Kanzlerkandidatin küren lässt. Wer sollte das dann sein?

Alle Parteien täten gut daran, ihr eigenes Profil weiter im Blick zu behalten. Für die Wähler wird nicht unwichtig sein, wie die einzelnen Parteien sich in der Berliner Koalition sachlich-kompetent profilieren. Mehr denn je geht es weniger um Ideologie, sondern um sachliche Kompetenz und persönliche Überzeugungskraft.

Für die in Berlin bevorstehenden Koalitionsverhandlungen möge man hoffen, dass dies von den Beteiligten verstanden wurde. In den Wahlabend-Gesprächen machte Lederer von den Linken da den reifsten Eindruck. Michael Müller war noch pikiert ob des Wahlergebnisses und zeigte sich wenig amüsiert. Frau Pop deutete Einlenken bei bestimmten Forderungen an.

Das alles lässt hoffen, dass unsere Wahlentscheidung eine richtige war.

Eberhard Aurich

19.09.2016